Nachts eingegangen.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Sansibar, 13. Februar. Der Sultan ist heute gestorben.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Erste und grösste Masken- und Theatergarderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, parterre und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. **Telephon 389.**

Martin's
Patent-Waschmaschine
ges. : „Der Wäscheschoner".

Tägl. eingeh. Anerkennungen beweisen die Vorzüglichkeit.
G. Troitzsch, Dresden
32 Marienstrasse 32.

Bay-Rum,
wirkt erfrischend auf die Kopfhaut, befördert den Haarwuchs, beseitigt die lästigen Kopfschuppen. **Flasche 1 M. u. 1,50.**
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hof-Apotheke, Dresden, Georgenthor.

Sämmtliche
Confirmanden-Wäsche
grösster Auswahl.
Billigste Preise. Prompte Bedienung.
G. D. Blass, Wäschefabrik u. Ausstattungs-Geschäft, Marienstr. 9 u. Portikus. Telephon 1382.

R. D. Fabricius
38 Pragerstr. Photograph.-artist. Atelier Pragerstr. 38
Porträts, Gruppen- und Kinder-Aufnahmen in jeder Grösse, Vergrösserungen nach jedem kleinen Bilde bis Lebensgrösse. Vorzügliche Ausführung, mässige Preise.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3.

Nr. 45. **Spiegel:** Freisinnig socialdemokratische Wahlbündnisse. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Wählerversammlungen, Schneiderversammlung, Gerichtsverhandlungen, „Die Jüdin". **Freitag, 14. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Zu den mancherlei widerwärtigen Erscheinungen des jetzigen Wahlkampfes gehört das Wahlbündniß, das der Freisinn mit der Sozialdemokratie eingegangen ist. Nicht Das ist tadelnswerth, daß zwei sonst feindliche Parteien sich zusammenthun, um eine dritte zu bekämpfen. Das ereignet sich im politischen Leben tausendmal. Aber stets wurden derartige Bündnisse zu einem bestimmten Zweck nur unter der Voraussetzung eingegangen, daß damit nicht die höchsten, die über allem Parteitreiben stehenden, die unantastbaren Rücksichten auf das allgemeine Wohl preisgegeben werden. Der deutsche Freisinn aber versündigt sich, indem er gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie macht, an der ganzen Zukunft unseres Volkes. Er thut dies nicht etwa unbedacht, leichtsinnig, sondern mit dem vollen Bewußtsein seines Handelns. Der Freisinn weiß ganz genau, welche Gefahren die Sozialdemokratie in ihrem Schooße birgt, gleichwohl verbrüdert er sich mit ihr. Der Unwille darüber muß sich aber steigern, wenn man erfährt, wie dieses Wahlbündniß gehandhabt wird. Derselbe Freisinn, der beispielsweise in Sachsen tiefe Bücklinge vor der Sozialdemokratie macht, ist in Berlin in hitzigem Kampfe mit der Sozialdemokratie begriffen. Selten ist die Unausführbarkeit der sozialdemokratischen Ziele, die Kulturfeindlichkeit ihrer Bestrebungen so schneidig dargelegt worden, wie in dem Wahlflugblatt Eugen Richters „Gegen die Sozialdemokratie". Ueber diese Angriffe der Freisinnigen auf die Sozialdemokratie schweigen sich aber außerhalb Berlins die freisinnigen Wahlredner gründlich aus; wie könnten sie dann noch um die Stimmen der Sozialdemokraten buhlen, wenn diese erfahren, daß der Berliner Freisinnspascha den sozialdemokratischen Zukunftsstaat ein Hirngespinnst nennt, das, wenn es ja einen Augenblick in's Leben gerufen werden könnte, unweigerlich die Menschheit in ihrer Civilisation zurückwerfen müßte? Diese Doppelzüngigkeit, außerhalb Berlins den Sozialdemokraten um den Bart zu gehen, in Berlin aber sie als kulturfeindliche Partei zu bekämpfen, richtet sich von selbst. Die Sozialdemokraten lassen sich die freisinnige Unterstützung ruhig gefallen; sie brauchen ja bei dem Wahlbündniß nichts von ihren Grundsätzen zu opfern, sondern behandeln den Freisinn da, wo sie es allein mit ihm zu thun haben, mit Fußtritten. Sie statten den Dank für die deutschfreisinnige Hilfe dadurch ab, daß sie in Berlin und Umgegend die Versammlungen der Eugen Richter'schen sprengen. Die Sozialdemokratie lacht sich einstweilen ins Fäustchen über die Kurzsichtigkeit des Freisinns. Aber auch sie dürfte schließlich eine recht unangenehme Erfahrung mit ihrem lieben Bundesgenossen machen. Es ist unzweifelhaft, daß auch jetzt, wie schon 1887, feste Abmachungen zwischen Sozialdemokratie und Freisinn über gegenseitige Hilfe bei den Stichwahlen eingegangen sind. Täuscht aber nicht Alles, so werden sie nicht zur Ausführung kommen. Es wird vielmehr 1890 so gehen, wie vor 3 Jahren. Damals haben die Deutschfreisinnigen bei den Stichwahlen die Sozialdemokraten im Stich gelassen. Letztere haben den Ersteren vor Kurzem nachgerechnet, daß, wenn die Freisinnigen in 11 Wahlkreisen versprochenermaßen für den Sozialdemokraten gestimmt hätten, diese Wahlkreise nicht den Kartellparteien zugefallen wären. Die Sozialdemokraten beschwerten sich bitterlich über diesen „Wortbruch" der Deutschfreisinnigen, und diese haben sich nach dem Eingeständniß eines ihrer ersten Blätter „Zeit und Mühe genug kosten lassen", um das Mißtrauen der Sozialdemokratie gegen die Wiederholung dieser Wortbrüchigkeit zu beschwichtigen. Wir unsererseits zweifeln nicht im Mindesten, daß die Führer des Freisinns den Vorsatz haben, diesmal bei den Stichwahlen den Sozialdemokraten die versprochene Gefolgschaft zu leisten. Was wir aber alle Ursache haben, zu bezweifeln, ist, daß die Mehrzahl der freisinnigen Wähler diesem Gebote nachkommt. Wie 1887 werden diese sich nicht an den Ukas Eugen Richters kehren.

Das freisinnig-sozialdemokratische Wahlbündniß hat also ein Loch, wie die Sozialdemokraten zeitig genug verspüren werden. Es kann eben einem Manne von gesundem Menschenverstande nicht einleuchten, daß er für eine Partei stimmen soll, von welcher Eugen Richter selbst sagt: „Die Sozialdemokraten hetzen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, aber ihre Weltordnung, wenn sie überhaupt ausführbar wäre, würde keinen Fortschritt, sondern die Vernichtung jeder Kultur für Alle bedeuten". Der Widerspruch, der in der gleichzeitigen Bekämpfung und Entwicklung der Sozialdemokratie liegt, muß jeden Wahrheitsliebenden empören. Ganz genau so widerspruchsvoll ist die Wahlagitation der Freisinnigen betreffs der Schutzzölle. Jenachdem es sich um einen Wahlkreis mit wesentlich industrieller oder landwirthschaftlicher Bevölkerung handelt, reden sie verschieden. Da, wo die Industrie stark entwickelt ist, werden die tausendmal widerlegten Redensarten von der angeblichen brotvertheuernden Wirkung der Getreidezölle an den Mann gebracht. In Wahlkreisen jedoch, wo die Landwirthschaft den Ausschlag giebt, leugnet auch der Freisinn nicht, daß mindestens die Landwirthschaft von den Vieh- und Getreidezöllen Nutzen habe. So ist allmählich der Freisinn zu der mittleren Ansicht gelangt, daß es mit der Aufhebung der Getreidezölle gar keine Eile habe. Auch weil er sich davon überzeugte, wie wenig die ländliche Bevölkerung davon hören wolle. Die Steigerung der Getreidepreise ist eben nicht die Folge der Zölle, sondern der wiederholten Mißernten. Ehe die Kornzölle eingeführt wurden, war der Getreidepreis höher als jetzt; aber damals standen die Löhne niedriger. Alle Lebensmittel waren 1881—1884 theurer als jetzt, die arbeitenden Klassen aber erhielten nicht die jetzigen Löhne. Die arbeitenden Klassen haben die Preissteigerung des letzten Jahres durch Lohnerhöhungen ausgeglichen, wodurch sie gegenüber den Jahren 1881–84, wo sie bei noch viel höheren Preisen sich angesichts der schlechten Lage der Industrie mit geringeren Löhnen begnügten und auskamen, sich besser gestellt haben. Es ist auch bekannt, daß die jetzige Höhe des Brotpreises sofort schwinden würde, sobald nur die riesigen Getreidevorräthe, welche die Getreidehändler in ihren Speichern aufgestapelt haben, wieder in den freien Verkehr kommen. Die jetzige Theuerung ist also zum Theil nur künstlich herbeigeführt. Die Deutschfreisinnigen kennen sehr gut die Personen in Berlin, die daran Schuld tragen; sie gehören großentheils ihrer Partei an.

Jetzt ist beim Wahlkampfe die Hauptarbeit die Heranziehung der Wähler. Die staatserhaltenden Parteien haben dabei noch sehr viel zu thun. Sie müssen von Parteigenossen zu Parteigenossen gehen. Die gegenwärtige Wahlbewegung unterscheidet sich von der vor 3 Jahren dadurch, daß den staatserhaltenden Parteien ein durchgreifendes Losungswort fehlte. Daher beschränkten sie sich bisher auf die Abwehr der heranstürmenden Gegner. Diese aber haben ihre Thätigkeit mehr als verdoppelt. Dem gegenüber sind die staatserhaltenden Parteien noch lange nicht genug von der Bedeutung der Wahl am 20. Febr. und der Erkenntniß, was an diesem Tage auf dem Spiele steht, durchdrungen. Es kommt jetzt darauf an, diese Erkenntniß zu wecken und dem Bürgerthum zu sagen, welche Gefahren ihm drohen, wenn die Sozialdemokraten Erfolge bei den Wahlen erzielen. Wird sich das Bürgerthum darüber klar, dann weiß es auch, was es zu thun hat. Es hat zunächst sozialdemokratische Wahlen durch das Aufgebot größerer Stimmzahl abzuwenden. Dazu aber ist die Wahlarbeit im Kreise seiner Freunde, Bekannten und Berufsgenossen das Allernothwendigste! Ihr Bürger, werbt in Euren Kreisen und außerhalb derselben für die Kandidaten der staatserhaltenden Parteien! Ihr Handwerker und Kaufleute, Ihr Beamten und Lehrer, Ihr Männer der Gedanken und der Handarbeit, deren starke Schultern den Staat tragen, rühret Euch, verstärkt Euch, sammelt Gesinnungsgenossen! Macht den Leuten, die sich nicht um den Lauf der Welt kümmern, klar, wie ernst die Lage ist! Warnt vor der Wahl von Leuten, die ihre letzten Ziele sorgfältig verschleiern! Und Ihr Arbeiter, die Ihr in Fabriken und Werkstätten neben den Anhängern der Sozialdemokratie steht, schenkt der Stimme der Besonnenheit Gehör! Vertraut dem Kaiser, der die Mittel und Wege kennt, das Loos der arbeitenden Klassen zu heben! Er wird sein edles Werk durchführen, auf friedlichem Wege und mit starker Hand, sich selbst zum Ruhme, Euch aber und Eurer Familie zum Segen!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13 Februar.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Rothen Adler-Ordens 1. Klasse an den Sultan von Sansibar; ferner das Gesetz über die Feststellung des Reichshaushaltes für 1890/91, sowie das Anleihegesetz. — Der Kaiser konferirte gestern mit dem neuen Handelsminister Frhr. v. Berlepsch und nahm später einen längeren Vortrag des Reichskanzlers Fürsten Bismarck entgegen. Heute empfing der Kaiser den Staatssekretär des Staatsrathes, Dr. Boße, und dessen Stellvertreter, den Geh. Legationsrath Dr. Kayser. — Der Großherzog von Weimar hat den Staatsminister Frhrn. v. Groß zum Bundesbevollmächtigten ernannt. — Die Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe haben auf den ihnen vorgetragenen Wunsch auf baldige Ausführung des Rhein-Elbe-Weser-Kanales erwiedert, daß dem preußischen Staate bereits für in Angriff genommene Wasserbauten große Verpflichtungen obliegen, welche eine Gesammtleistung von rund 176 Millionen beanspruchen. Bevor an die Ausführung weiterer Schifffahrtskanäle nach dem vorgeschlagenen Projekte herangegangen werden könne, müßte auch die Ausführung des Dortmund-Ems-Kanales mindestens in vollen Gang gebracht sein, und dann jedenfalls die Verbindung desselben mit dem Rheine in's Auge gefaßt werden. — Der Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen Volksblattes wurde wegen Nachdruck zu 300 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Es handelt sich um den unbefugten Abdruck des Berichtes, welchen die Deputation des Centralvereins deutscher Industrieller an diesen von London aus erstattet hatte, und der nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war.

Köln. Der „Köln. Ztg." wird aus Madrid gemeldet, die Lage Portugals werde dort sehr ernst genommen. Der König Carlos verlasse niemals den Palast. Es heißt, Portugal wünsche die Vertagung der Konferenz und wolle direkt mit England verhandeln.

Göttingen. Im Tunnel bei Uslar wurden gestern 3 Arbeiter von einem Kohlenzuge überfahren. Zwei wurden sofort getödtet, der dritte schwer verletzt.

Paris. Der Ministerrath hat heute über die deutsche Note, betr. den Erlaß des deutschen Kaisers, verhandelt aber noch keinen Beschluß gefaßt, sondern sich vorbehalten, erst dann auf die Einladung zu antworten, wenn die Frage nach allen Richtungen hin erwogen worden sei. — Die gestern in Paris verhafteten Demonstranten waren für Geldbeträge von je 2 bis 20 Francs geworben, um Skandal zu machen. Sie wurden vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt und kommen heute vor die Strafkammer.

Paris. Wie in hiesigen parlamentarischen Kreisen gerüchtweise verlautet, beabsichtige die Schweiz die bereits ausgesandten Einladungen zu der am 5. Mai in Bern stattfindenden Arbeiterschutzkonferenz zurückzunehmen und sich den deutschen Vorschlägen anzuschließen.

Die **Berliner Börse** setzte besser ein als gestern. Aus der Provinz lagen mehrfache Kaufordres vor, das Angebot war minder dringend. Die Course konnten meist höher einsetzen. So stellten sich Kohlenwerthe um einige Prozent besser. Im Späterverlauf zeigten sich mehrfache Schwankungen, doch verblieb die Haltung im Grunde fest. Von Banken waren u. A. Dresdner lebhaft, Eisenbahnen gut behauptet, fremde Renten fest, ungarische Goldrente anziehend. In Bergwerken fanden ansehnliche Deckungskäufe statt. Im Kassaverkehr waren Banken ruhig, ebenso deutsche Bahnen. Oesterreichische Bahnen abgeschwächt, Bergwerke fester, dagegen blieben andere Industriepapiere schwach, deutsche Fonds und österreichische Prioritäten ebenfalls. Privatdiskont 3½ Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Früh heiter, später bedeckt, kälter, Ostsüdostwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 277,20, Staatsb. 186,60, Lomb. 115,00, Galizier —,—, Egypter 94,80, 4proc. Ung. Goldr. 89,00, Diskonto 225,50, Dresdn. Bk. 175,70, Laura —,—. Gelsenk. —,—. Fest.

Wien (Abends.) Credit 322,20, Staatsbahn 217,20, Lombarden 135,50, Nordwest 199,70, Marknoten 58,10, Ung. Credit 355,00. Fest.

Paris, Schluß. Rente 87,50, Anleihe 105,85, Italiener 94,10, Staatsbahn 465,00, Lombarden 303,75, do. Prioritäten —, Spanier 73, Egypter 475,62, Ottomanen 537,75, Escompte —,—. Fest.

Paris, Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 21,30, per Mai-August 21,10, [illegible]. Spiritus per Februar 35,50, per Mai-August 37,50, matt. Rüböl fehlt.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 199, per Mai 203. Roggen per März 141, per Mai 135.

Oertliches und Sächsisches.

— Der verantwortliche Posten eines Dresdner **Stadtkommandanten** wird dem Vernehmen nach in nächster Zeit wieder eine Neubesetzung erfordern, da Se. Exc. Generalleutnant Freiherr v. Byrn mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs in den Ruhestand zu treten gedenkt.

— Vorgestern Abend hat in den Gemächern des Königl. Residenzschlosses der erste und einzige diesjährige **Kammerball** stattgefunden. Ausgezeichnet wurde derselbe durch die Gegenwart Sr. Majestät des Königs, Ihrer Königl. Hoheiten Prinz Georg, Prinzeß Mathilde, des Erbgroßherzogs von Hessen und Sr. Durchlaucht des reg. Fürsten von Reuß j. L. Anwesend waren 290 Personen, darunter das Corps diplomatique, die Herren Staatsminister, die Generalität, das Präsidium beider Ständekammern ꝛc. Die Ballmusik führte die Schützenkapelle unter Leitung des Musikdirektors Keil aus. Um 11 Uhr ward das Souper eingenommen und um 1½ Uhr erreichte der Ball sein Ende.

— **Landtag.** Seit vielen Jahren nicht mehr hat der Saal der 2. Kammer ein so zahlreiches Auditorium gesehen, wie in der gestrigen Sitzung, in welcher die bekannte **Interpellation Bebel** u. Gen. auf der Tagesordnung stand. Sämmtliche Tribünen waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Damenloge zeigte sich dicht besetzt, und sogar die Journalistentribüne wurde von einigen Mitgliedern der 1. Kammer in Anspruch genommen. Präsident Dr. Haberkorn eröffnete die Sitzung mit Verlesung der Interpellation. Zwei Wählerversammlungen in Glauchau und Meerane, in denen der Abgeordnete Liebknecht als Redner angemeldet war, waren vom dortigen Stadtrathe auf Grund von § 9 des Sozialistengesetzes verboten worden, weil Liebknecht eine Person sei, von welcher man eine Förderung der Umsturzbestrebungen im Sinne des Sozialistengesetzes erwarten müsse. Auf die Frage, ob und wann die Königl. Staatsregierung bereit sei, die Interpellation zu beantworten, erklärte sich Herr Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz sofort hierzu bereit. Abg. Liebknecht begründete hierauf die in der Interpellation angeführten Thatsachen noch eingehender durch Verlesung der betr. Verbote unter Hinweis auf die Thatsache, daß er in Dresden und an anderen Orten Sachsens in Wählerversammlungen habe unbehindert sprechen können, während ihm das in Glauchau und Meerane verboten worden sei. Es sei ihm ein solches Verfahren an den genannten beiden Orten schon früher einmal vorgekommen. Nach der Entscheidung der Wahlprüfungskommission des Reichstags könne eine Versammlung nicht aus dem Grunde aufgelöst werden, weil in einer solchen ein notorischer Sozialdemokrat als Redner auftritt. Mittlerweile sei die Entscheidung der Kreishauptmannschaft Zwickau eingetroffen, in welcher die erhobene Beschwerde als „unbeachtlich" bezeichnet wird. Wenn die kaiserliche Botschaft zur Wahrheit werden solle, so müsse man die Sozialisten reden lassen. Das Verbot sei eine den sächsischen Behörden nicht zur Ehre gereichende Handlung, und auch die „Praktiken" der Behörden könnten diesen nicht zur Ehre gereichen (Bewegung auf der Rechten). Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärt, daß es nicht geduldet werden dürfe, daß ein Abgeordneter über die Behörden in so abfälliger Weise sich äußere. Präsident Dr. Haberkorn ruft den Abg. Liebknecht wegen des Ausdruckes „systematische Verschleppung" zur Ordnung. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz glaubt nicht annehmen zu dürfen, daß der Kammer daran gelegen sein könne, heute noch eine aufregende Debatte anzuhören; er will sich daher beschränken auf die geschäftliche Beantwortung der gestellten Frage. Was das Verbot in Meerane anbelangt, so habe ein gewisser Göhre in Meerane am 6. Februar eine Beschwerde wegen des Verbotes einer Wählerversammlung in Meerane an das Ministerium des Innern gerichtet; dasselbe habe sie an die Kreishauptmannschaft Zwickau abgegeben, und diese sei am 12. Febr. in kollegialischer Berathung gewesen. Inzwischen sei die von ihr gefällte Entscheidung dem Beschwerdeführer eröffnet worden. Wegen des Glauchauer Beschwerdefalles habe die Kreishauptmannschaft Zwickau am 6. Febr. Beschluß gefaßt, und die abfällige Entscheidung sei mittlerweile durch den Stadtrath zu Glauchau eröffnet worden. Das Ministerium des Innern habe zur Zeit keine Veranlassung gehabt, zu dieser Beschwerde Stellung zu nehmen und würde erst dann dazu kommen können, wenn an das Ministerium die Beschwerde im Instanzenzug gelangt. Da die Entscheidung der 2. Instanz aber eine endgiltige sei und nur im Wege der Nichtigkeitsbeschwerde angefochten werden könne, so werde eine abändernde Entscheidung nur dann getroffen werden können, wenn die Entscheidung mit dem klaren Wortlaut des Gesetzes im Widerspruch steht. Die Wahlfreiheit und das Versammlungsrecht werde durch die Entscheidung der Kreishauptmannschaft Zwickau nicht beeinträchtigt, insbesondere werde das Recht der Wähler, nach eigener Ueberzeugung zu wählen, nicht dadurch beschränkt, daß ein sozialdemokratischer Agitator abgehalten wird, in einer Versammlung zu reden. Wenn Liebknecht wiederholt versucht habe, die kaiserlichen Erlasse mit den Zielen der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, so habe er (der Herr Minister) anderweit die Pflicht, Dem mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der Kaiser mit den verbündeten Regierungen sei der Schirmherr des bestehenden Rechtes, und die hochherzige Gesinnung, welche sich in den beiden Erlassen ausspricht, gelte der Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes und sei nicht aufzufassen in dem Sinne, die Sozialdemokratie hineinzuziehen. Das deutsche Vaterland werde diesen hochherzigen Erlassen Folge leisten. (Lebhafter Beifall rechts.) Nachdem der Antrag auf Besprechung der Interpellation ausreichende Unterstützung gefunden, nimmt Abg. Bebel das Wort. Er müßte lügen, wenn er sagen wollte, daß er durch die heutige Auskunft des Herrn Ministers überrascht sei. In Sachsen sei man solche Dinge gewöhnt. Wenn sich der Herr Minister hinter den Instanzenzug verstecke (Lebhafte Unruhe rechts), so sei dies nichts Neues. (Redner wird wegen dieses Ausdruckes vom Präsidenten Dr. Haberkorn zur Ordnung gerufen.) Er werde diesen Fall, sowie manches Andere vor den Reichstag bringen und Gelegenheit nehmen, an maßgebender Stelle zu fragen, ob man denn die Sozialdemokratie in Sachsen im Gegensatz zu den Parteigenossen anderer Staaten Deutschlands vollständig rechtlos machen wolle. Mit demselben Recht, wie der Herr Minister das Verbot der

Hotel „Bairischer Hof".
An der Frauenkirche 5, früher Wilsdrufferstrasse.